

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Der Zeitungsbereich



Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen  
Beilagen: Der rote Stern / Der komm. Genossenschaftler / Wirtschaftl. Rundschau / Der proletarische Kulturlamp / Für unsere Frauen / Energie

Bezugspreis monatlich 1,20 M., halbjährlich 5,40 M., jährlich 10,80 M. (einschl. Postgebühren) / Verlag: Arbeiterstimme-Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-III, Götterstraße 1 / Geschäftsstelle u. Expedition: Götterstraße 1 / Fernsprecher: 17239 / Postcheckkonto Dresden Nr. 18000, Dresdener Bank / Druckerei: Arbeiterstimme-Druckerei, Dresden-III, Götterstraße 1 / Vertrieb: Arbeiterstimme-Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-III, Götterstraße 1

5. Jahrgang Dresden, Sonnabend den 2. März 1929 Nummer 52

## Dictatur Hindenburg in Sicht!

### Verfassungsfragen sind Machtfragen

Die Debatte im Reichstag zu den Verfassungsänderungs-Anträgen der Volkspartei

Bei Eröffnung der Tagesordnung des Reichstags teilte Loche mit, dass Abgeordneter Stöcker beabsichtigt, eine Protestresolution abzugeben wegen der Ausschüsse der Abg. Stöcker und Dörfler aus dem Sitzungssaal. Loche erklärte, dass er diese Erklärung nicht zulasse. Genosse Müller zitiert: „Höhen Sie nicht Ihre unrichtige Behauptung zurücknehmen?“ Daraufhin stellt Loche an seinem Genossen einen Ordnungsruf. Die Kommunisten rufen dem Präsidenten zu, dass er sich selbst zur Ordnung rufen müsse.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Bericht des Sozialistischen Ausschusses über Änderungen in der Angestelltenverhinderung. Nach dem vom Ausschuss vorgelegten Gesetzentwurf sollen bis zum Jahre 1930 einschließlich über 60 Jahre alte Angestellte die länger als ein Jahr erwerbslos sind, als herablassend und die Altersrente beziehen. Die Parteien für den Antrag der Unterstützung wird nach der Vorlage von 120 auf 160 Beitragssätze herabgesetzt. In einer Entschließung erklart der Ausschuss die Regierung eine Reform der Angestelltenversicherung vorzunehmen. Den Ausschussvorsitz begründet der Sozialdemokrat W. B. Müller:

„Abg. W. B. Müller (D.) begrüßt die Ausschussvorlage und wünscht, wie die übrigen Redner der bürgerlichen Parteien, den älteren Angestellten Hoffnungen auf eine bessere Zukunft.“

Genosse Wenzler:

Die Not der älteren Angestellten hat in diesem Hause schon oft zur Beratung gestanden. An dieser Not ist aber bisher nichts geändert worden. Im Gegenteil, sie ist ständig im Wachsen. Wir haben durch einen Gesetzentwurf zum Schutze der älteren Angestellten die Frage erneut aufgeworfen. Unter Gesetzentwurf verlangt ein Verzicht auf den Einkommensanspruch, die Kündigungsfrist, die Befreiung der Verhinderung, den Kündigungsschutz und das Arbeitsrecht. Die letzte Regierung aber erklärt im Ausschuss dasselbe wie die vergangene Regierung: „Sie will nicht in das freie Arbeitsverhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer eingreifen.“ (Lärm, Lärm!) (Lärm, Lärm!) Und die einzelnen Redaktionen sind in eine Beratung der Materie nicht eingetreten. Es ist abzusehen, dass die bürgerlichen Angestelltenvertreter bei der Beratung im Ausschuss nicht einmal anwesend waren. Man hat den Ausschuss verweigert.

Die Verabschiedung der Parteien auf 60 Jahre haben wir in mehreren Anträgen schon immer gefordert. Aber allzu viele werden dadurch nicht in den Genuss einer Rente kommen. In dem Entwurf ist eine neue Bestimmung des Begriffs „Berufsunfähigkeit“ geschaffen worden. Als berufsunfähig gilt in Zukunft auch, wer das 60. Lebensjahr vollendet hat und seit mindestens einem Jahr ununterbrochen arbeitslos ist. Wir haben beantragt, dass man nicht ein Jahr, sondern 26 Wochen nehmen soll, denn wir wissen, dass sehr viele bei der Prüfung der Berufsunfähigkeit in der Krisenunterstützung ausfallen. Wir fordern auch die generelle Herabsetzung der Altersrente.

Der ADGK-Antrag hat ebenfalls diese Forderung aufgestellt. Doch jetzt scheiden die Sozialdemokraten diese Forderung aus dem Entwurf. Sie müssen sich danach richten, was das Trübsal ihnen zu fordern gestattet. (Sehr richtig! bei den Komm.) Bei der Wahl hat der Abg. W. B. Müller in einem Artikel selbst die Verabschiedung der Altersrente verlangt. Heute beantragt man sich mit einem jämmerlichen Kompromiss. Die älteren Angestellten werden nicht eher etwas erreichen, bis sie geschlossen zusammenstehen gegen die Parteien, die durch ihre Politik die Notlage verschulden. (Beifall bei den Komm.)

In der Abstimmung wird der Ausschussantrag einstimmig angenommen, nachdem die kommunistischen Anträge auf Herabsetzung der Altersrente mit den Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt wurden.

In der darauffolgenden Fortsetzung der Debatte über den sozialparteilichen Antrag auf Verfassungsänderung durch Verkürzung der Macht des Reichspräsidenten, Wiedereinstellung des Wahlmodus, Verkürzung der Regierungsgewalt gegenüber dem Parlament führte als Vertreter der kommunistischen Fraktion

Genosse Maslowitz

folgendes aus: Ich möchte im Gegensatz zu den anderen Rednern auf die tatsächliche Klassenlage zu sprechen kommen und habe dabei den Grundgedanken von Ferdinand Lassalle, der sagte, dass Verfassungsfragen Machtfragen sind und Machtfragen als Klassenfragen. (Sehr richtig! bei den Komm.) Wenn die Arbeiterpartei den Antrag stellt, so aus dem Grunde, weil sie durch diesen Antrag ihre besonderen Klassenziele vertreten will.

Was steht hinter dem Gesetze von der parlamentarischen Krise?

Die Arbeiterpartei vertritt die grundlegende Klassenfrage außerhalb des Parlaments. Es geht heute nicht mehr um die Frage Republik oder Monarchie, wie es die Sozialdemokraten noch immer zu gern darzustellen möchten. Vänigt hat sich das Trübsal seit und steht auf den Boden dieser Republik gestellt. Es geht jetzt um die Frage, ob die Arbeiterpartei, die noch hinter der Sozialdemokratie herläuft, fest einzuhalten in diesen kapitalistischen Staat. Diese Staatsbürgerliche Bewegung wird die Arbeiterpartei von der Deutschen Volkspartei und auch von den

### Bankrott der Großen Koalition

Berlin 2. März. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Verhandlungen über die Bildung der Großen Koalition sind gestern gescheitert. Der Reichstanzler Hermann Müller legte den Parteien gestern einen Programm-entwurf vor, durch dessen Annahme sie sich verpflichten sollten, eine Regierung der Großen Koalition zu unterstützen, eine interfraktionelle Ausschüsse zu wählen, einen für allgemeine politische Fragen und einen zweiten für den Reichshaushalt und die Steuerpolitik. Die Vorschläge der Volkspartei sollten von dem zweiten Ausschuss behandelt werden. Die Zentrumspartei erklärte sich bereit, aber der Vertreter der Volkspartei, Dr. Scholz, erklärte, nicht eher eine feste Bindung an die Regierung einzugehen, bis die finanzpolitischen Forderungen der Schwerindustrie angenommen sind. Damit scheiterten die Verhandlungen. Hermann Müller wird heute dem Reichspräsidenten Bericht erstatten.

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei schreibt hierzu u. a.: „Was den Koalitionsvertrag in den letzten Wochen auszeichnet, das war die täglich neue Variation der unüberbrückbaren Schwierigkeiten, die auseinanderlaufenden Interessen der Koalitionspartner unter den Hut einer gemeinsamen Regierung zu bringen. Seit gestern ist die Lage klar. Die Partei der Schwerindustrie, die Volkspartei, trumpsft auf: Noch mehr herunter mit den Steuern der Kapitalisten! Alle Pfaffen auf die Schultern der breiten werktätigen Massen!“

Und der Sozialdemokrat Hermann Müller erklärt sich umgehend bereit, einen Ausschuss zu bilden, in dem die Steuerumlage der Volkspartei berücksichtigt werden sollen. Aber die Herren der Industrie schlagen auf den Tisch: Nein, sofort!

Was soll der Sozialdemokrat Hermann Müller tun? Die Forderungen der Volkspartei annehmen, keinen Augen-

blick würde er zögern, wenn er nicht fürchten müßte, von dem Horn der gereizten Mitglieder hinweggefegt zu werden.

Die Ministersozialisten sind am Ende ihre politischen Vorteile. Alle parlamentarischen Möglichkeiten sind erschöpft. Jetzt sieht der SPD-Reichstanzler seine Rettung nur noch in Hindenburg. Die Müller, Braun, Severing sind bankrott. Jetzt hat der Reichspräsident Hindenburg das Wort und die Tat. Hierin liegt die ungeheure Gefahr für das Proletariat. Hindenburg ist Ehrenmitglied des Stahlhelms, mit dessen politischer Taktik er sich eben noch demonstrativ solidarisch erklärt hat. Die Gefahr einer „Recht von bürgerlich-parlamentarischer Kontrolle“ befreiten Diktatur ist in aller Schärfe in die Nähe gerückt. Schon mehren sich die Aufforderungen nicht nur von zahlreicher bürgerlicher, sondern auch von demokratischer Seite an den Reichspräsidenten, eine Regierung von Nationalparlamentariern zu bilden, die nur Hindenburg verantwortlich sein sollen. Erst gestern hat der Schuld- und Schmutzdemokrat Müller eine derartige Aufforderung in einem offenen Brief an Hindenburg erlassen.

Die Fäden aller reaktionären Diktaturverschwörungen laufen im Reichspräsidentenspalais in der Wilhelmstraße zusammen. Hermann Müller kann, wie die anderen Mitglieder der sozialdemokratischen Regierung sehr wohl Teilhaber dieser Diktatur sein. Seit langem hat die weiße Reaktion eingesehen, daß mit SPD-Führern zu regieren, weit vorteilhafter ist als ohne sie und darum wird die kommende Hindenburg-Regierung sich nur durch noch frechere Verfolgung der revolutionären Arbeiterbewegung, noch schärferes Vorgehen gegen die streikenden und ausgeperrten Arbeiter, die noch höhere finanzielle Belastung der schaffenden Massen unterscheiden.

Augen auf und Hände bereit, Arbeiter! Entweder die trübsalige Diktatur oder die unumkehrbare Herrschaft der Arbeiterklasse! Eigner proletarischer Widerstand gegen die Hindenburg-Aktion und die Teilhaber seiner Diktatur!

anderen bürgerlichen Parteien an den Führern der Sozialdemokratie geht. Man will der Sozialdemokratie nicht mehr getrauen, Koalitionspolitik nach außen zu treiben.

Der Antrag der Deutschen Volkspartei will eine Festigung dieses Status des Trübsals und keine sichere Fundierung in der Hand der imperialistischen Bourgeoisie. Man verlangt volle Sicherheit für den Staatsapparat in der Hand des Finanzkapitals. Darum zunächst eine Sicherheit dafür, daß die Regierung des Trübsals nicht so leicht gestürzt werden kann, selbst dann nicht, wenn sich im Parlament die Mehrheit der Abgeordneten gegen diese Regierung wendet. Man will auch Sicherheit dafür schaffen, daß die Finanzierung des Reiches sich ganz nach dem Willen des Trübsals vollzieht. Darum sollen auch die sozialparteilichen Verfassungsänderungsanträge auf die Länder- und Gemeindefinanzverhältnisse werden. Hier soll eine Forderung der Schwerindustrie und des Herrn Görke erfüllt werden, eine Herabsetzung der Steuern und Gemeindefinanz von 300 Mill. von den Umlagebeitragnehmern abgezogen hat. Man will die Sozialpolitik in den Ländern und Gemeinden verbinden und somit der Ausbreitung des Elends in den Massen noch weiter den Weg ebnen. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.)

### Drohung mit KPD-Verbot!

Berlin, 1. März 1929

Die bürgerlich-sozialdemokratische Fraktion gegen die kommunistische Partei und den Roten Frontkämpferbund im Anschluß an die Ermordung des Stahlhelms-Kleier in Bamberg trägt ihre Kräfte. Der preußische Polizeiminister Grawert macht die revolutionären Organisationen für diesen Mord verantwortlich (der Vorwärts hehlt gegen die Rote Fahne als den geistlichen Urheber) und ermahnt ein Verbot des Roten Frontkämpferbundes.

Im Preussischen Landtag wurde gestern der deutschnationalen Mißtrauensantrag gegen den Innenminister behandelt, dem die deutschnationalen vorwerfen, das politische Verbrechen immer mehr anmachen zu lassen. In seiner Verteidigungsrede sprach Grawert seine Politik heraus, die so schnell den Vorfall aufgedeckt hätte und weiß es entschlossen von sich, daß er gegenüber den kommunistischen Organisationen zu milde vorzugehen wird. Er weiß im Augenblick noch nicht, ob das Material für ein Verbot der Roten Frontkämpfer ausreicht.

Diese diplomatische Ubrille bedeutet in Wirklichkeit, daß der preußische Innenminister alle Vorkehrungen zum Verbot des Roten Frontkämpferbundes trifft. Das sollen die wertvollen Massen verhindern, indem sie sich noch entschlossener um die revolutionären Organisationen kümmern und unter ihrer Führung gegen die konterrevolutionären Absichten ankämpfen.

Die Krise, die sich ja nur äußerlich als Parlamentskrise abspielt, historisch gesehen, nur gelöst werden, wenn an die Stelle der kapitalistischen Staatsorgane mit Hilfe der proletarischen Revolution neue proletarische Staatsorgane treten werden. (Beifall bei den Kommunisten.)

Herr Japs hat indirekt, Herr Graf direkt mit dem Bürgerkrieg gedroht. Der Stahlhelm ist die Bürgerkriegsarmee der bürgerlichen Gesellschaft; er ist die Armee des Großkapitals, die Armee der Großen Koalition. Es ist bezeichnend, daß Hindenburg der Ehrenpräsident der Bürgerkriegsarmee ist. Es ist aber noch bezeichnender, daß Herr Severing seiner Freude darüber Ausdruck gegeben hat, weil sich der Stahlhelm angeblich auch auf den Boden der Verfassung gestellt hat. In dem Maße, wie die Sozialdemokratie mit der Deutschen Volkspartei parlamentarische Koalitionspolitik treibt in dem Maße müssen Stahlhelm und Reichswehr außerparlamentarisch zusammen geschlossen werden. (Sehr wahr! bei den Kommunisten.) Das geht natürlich nicht möglich; das wird nicht äußerlich sichtbar organisatorisch vollzogen. Man muß doch noch nachhaken, was wegen der Rebellion der sozialdemokratischen Arbeiter. Aber das ist die Fatale und die soziale Folge der Koalitionspolitik zwischen Sozialdemokratie und Deutscher Volkspartei.

Jetzt stellt sich heraus, daß dieses Parlament und diese Demokratie nicht anderes ist, als ein Weg zur Diktatur des Finanzkapitals. (Beifall bei den Kommunisten.) Anschließt dieser Teilchen kann man heute nicht mehr die alten Utopien von Republik und Monarchie wiederholen; heute offenbaren sich die Grundprobleme der proletarischen Revolution überhaupt. Schärfer denn je haben sich zwei Wege gegenüber: auf der einen Seite die Koalitionspolitik auf der anderen Seite der Klassenkampf!

Wir befinden uns bei der Beurteilung der jetzigen Situation im Einklang mit den Lehren und Lehren des Marxismus, mit Marx und Engels. Wir werden den Klassencharakter dieser Republik nicht ablassen. Wir werden gegen die Verhältnisse der Monarchisten, wenn es sein muß, mit der Waffe in der Hand kämpfen, aber nicht in dem Glauben, daß die Republik das Ende ist, sondern in der Überzeugung, daß auf dem Boden der Republik der Endkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat auszufechten werden muß. (Sehr wahr! bei den Kommunisten.) Zur Führung dieses Endkampfes mobilisieren wir die Massen der Werktätigen in der proletarischen Klassenfront. (Beifall und Handclatschen bei den Kommunisten.)

Die folgenden Redner traten sich zur Mitarbeit am sozialparteilichen Antrag aus. Eine längere Debatte entwickelt sich noch zwischen Deutschnationalen und den übrigen Parteien über die Frage, welchem Ausschuss der Antrag überwiesen werden soll. Man überweist ihn schließlich an den Rechtsausschuss.

Vor Schluß der Sitzung werden sich in persönlichen Bemerkungen einige Redner der Koalitionsparteien die Schuld an der Regierungskrise vor.

Nächste Sitzung Mittwoch den 13. März.